



THOMAS HERING, MDL

Besuchen Sie meine Website  
und erhalten weitere Informationen  
zu meiner Arbeit.



## Termine

23. Mai 2022

**Besuch des EU-Projekttag**  
StM Lucia Puttrich zu Gast in der  
Freiherr-vom-Stein-Schule Fulda

27. Mai 2022

**Einweihung und Segnung  
Kleinlöschfahrzeug**  
Haus am Brunnen, Brunnenplatz,  
Nüsttal-Rimmels

3. Juni 2022

**Digital Truck Grundschule Bimbach**  
Grundschule am Langenberg in  
Großenlüder-Müs

## ► Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

im vergangenen Plenum hat sich wieder einmal die Hufeisentheorie bestätigt, die besagt, dass sich politisch extremistische Ränder mehr ähneln als ihnen selbst manchmal lieb oder bewusst ist. Doch bei der Ukrainekrise sind die Positionen von Linken und AfD so ähnlich, dass man sie kaum voneinander unterscheiden kann. Die ideologiegetriebenen Positionen und teilweise völlig geschichtsrevidierenden Argumente der beiden Parteien sind schockierend und befremdlich.

Über die Position, die NATO sei schuld an Putins Angriff, die teilweise völlig wirren Erklärungsversuche für seinen mörderischen Angriffskrieg, die Ablehnung des 100-Milliarden-Pakets für die Bundeswehr und die Verweigerung von Waffenlieferungen an die Ukraine, die die beiden Parteien vereinen, können wir nur den Kopf schütteln.

Für uns ist klar, wenn man einem Menschen wie Putin nicht entschlossen entgegentritt, so öffnet man ihm Tür und Tor, um weiter zu machen. Die Welt hat feststellen müssen, zu was es geführt hat, ihm die Annexion der Krim, Konflikte in Georgien und Tschechien, verschiedenste Auftragsmorde und –mordversuche – unter anderem auch im Berliner Tiergarten – sowie seinen Eingriff in Syrien durchgehen zu lassen. Putin versteht die Sprache der Diplomatie, aber er spricht die Sprache der Macht. In diesem Zusammenhang reicht es einfach nicht aus, nur gegen den Krieg zu sein. Es braucht eine gut ausgestattete und schlagkräftige Bundeswehr im Verteidigungsbündnis der NATO. Deshalb stehen wir hinter der Bundeswehr, der NATO und dem 2-Prozent-Ziel.

**Ihr  
Thomas Hering MdL**



## Sehr geehrte Damen und Herren,

auch rund zweieinhalb Monate nach dem überfallartigen Angriff des russischen Präsidenten auf die Ukraine, ist ein baldiges Ende des Krieges nicht in Sicht. Vielmehr erschüttern uns täglich neue schreckliche Nachrichten aus der Ukraine, die das dramatische Ausmaß der Zerstörung und des Leids in der Bevölkerung dokumentieren. Nicht zuletzt die menschenverachtenden Kriegsverbrechen und Gräueltaten in Butscha, Mariupol und anderen Orten des Landes haben weltweit Entsetzen ausgelöst und müssen zwingend aufgearbeitet und zur Anklage gebracht werden. Unsere Gedanken und unsere Gebete sind auch in diesen Tagen bei den mutigen Menschen in der Ukraine, die die Freiheit ihres Heimatlandes und die Werte des Westens verteidigen, bei den Familien und Kindern die sich auf der Flucht in ein sicheres Nachbarland befinden und leider auch bei jenen, die diesen Kampf bereits mit ihrem Leben bezahlen mussten. Gerade deswegen war es wichtig und richtig, dass die Union im Bund die seit Wochen fehlende Führung des Kanzlers eingefordert und die Entscheidung für die Lieferung schwerer Waffen entscheidend mit vorangetrieben hat. Auch wenn eine solche Entscheidung nie leichtfertig zu befürworten ist, so ist sie neben der umfassenden ökonomischen Isolierung Russlands, die einzige Sprache, die ein Aggressor wie Putin versteht.

Gleichzeitig werden wir in Hessen gemeinsam mit den Kommunen, Behörden und den vielen ehren- und hauptamtlichen Hel-

fern weiterhin alles dafür tun, um den Menschen in ihrer Not zu helfen und eine schnelle und pragmatische Unterbringung und Versorgung zu ermöglichen. Mit dem Ukraine-Aktionsplan hat die CDU-geführte Landesregierung als eine der ersten bundesweit eine umfassende Strategie entwickelt, um den Menschen das Ankommen in Hessen nach einer oft langen und traumatischen Flucht zu erleichtern und ihnen eine Perspektive zu geben. Es ist und bleibt eine gewaltige Aufgabe, die wir nur gemeinsam bewältigen werden.

Neben diesem alles beherrschenden Thema wollen wir den Blick unserer heutigen Ausgabe aber auch nach Hessen wenden und uns u. a. mit der Digitalisierung im ländlichen Raum beschäftigen. Gerade die digitale Infrastruktur ist heute ein sehr wichtiger Faktor für die Attraktivität einer Stadt oder Region als Wohn- und Arbeitsplatz bzw. Unternehmensstandort. Außerdem befassen wir uns mit dem Wahlrecht ab 16 und nennen noch einmal unsere Gründe, warum das Recht zu Wählen und gewählt zu werden zu Recht an die Volljährigkeit gekoppelt ist.

Eine interessante Lektüre, auch in diesen schwierigen Zeiten, wünscht Ihnen

Ihr

**Holger Bellino**

Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

## ▶ Volljährigkeit und Wahlrecht gehören für uns zusammen

**Max Schad, jugendpolitischer Sprecher**

Das bisherige Wahlrecht ab 18 Jahren hat sich bewährt. Es bleibt auch in Zukunft sinnvoll, das Wahlalter an die Volljährigkeit zu koppeln. Alles andere würde unweigerlich Widersprüche hervorrufen. Mit 16 Jahren darf man in Deutschland und vielen anderen Ländern ohne Einwilligung der Eltern keine Verträge abschließen, nicht heiraten, nicht einmal ein Fahrrad kaufen. Es wür-

» Die Beibehaltung des Wahlrechts ab 18 Jahren ist konsequent und genießt in der Bevölkerung großen Rückhalt. «

de nicht zusammenpassen, dass man mit 16 Jahren zwar ein Kommunalparlament wählen soll, aber kein Rechtsgeschäft ohne die Eltern eingehen darf. Diese Haltung wird auch von einem großen Teil der Bevölkerung so geteilt.

Als CDU-Fraktion sehen wir unsere Aufgabe darin, junge Menschen an die politische Willensbildung heranzuführen und die Jugendlichen in unserem Land ernst zu nehmen. Dafür müssen wir ihre Beteiligung durch Mitwirkungsgruppen auf allen Ebenen stärken. Bewährt hat sich auf Landesebene das Jugendaktionsprogramm Partizipation, das jungen Menschen über Jahre



hinweg die Möglichkeit bietet, ihr direktes Lebensumfeld mitzugestalten. Erstmals in der Geschichte des Landes Hessen wird es zudem Ende des Jahres einen Landesjugendkongress geben, bei dem 120 junge Menschen diskutieren und mit der Landespolitik ins Gespräch kommen können. Diesen Weg, attraktive Beteiligungsformen zu schaffen, werden wir konsequent fortführen.

## ► Wir bündeln unsere Kräfte

### Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

„Solidarität mit der Ukraine – Frieden in Europa – Hessen hilft“. Unter diesem Titel haben wir in Hessen, als eines der ersten Länder einen umfassenden und detaillierten Aktionsplan für die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine entwickelt, um die geflüchteten Menschen gut aufzunehmen und ihre Versorgung sicherzustellen. Ein Plan, der integriert und vernetzt.

Der Aktionsplan nimmt dabei alle Lebensbereiche der Flüchtlinge in den Blick, von der ersten Unterbringung und Versorgung mit Wohnraum, der Betreuung und Beschulung von Kindern und Jugendlichen bis zur Integration in den Arbeitsmarkt, der Sicherheit und medizinischen Versorgung. Es sind vor allem Frauen und Kinder, die bei uns vor dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Schutz suchen und neben der Unterbringung vor allem eine gute psychologische Unterstützung und Angebote in Schule und Kita benötigen. Auch wenn wir den Krieg in Hessen nicht beenden können, so tun wir doch alles in unserer Macht Stehende, um den Kriegsflüchtlingen die bestmögliche humanitäre Unterstützung zu bieten.

Seit Ausbruch des Krieges haben wir in unserem Land eine überwältigende Hilfsbereitschaft von Privatleuten und Ehrenamtlichen bei der Aufnahme, Versorgung und praktischen Unterstützung der Menschen erfahren, für die ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken möchte. Dieses herausragende Engagement wollen wir nun mit den umfassenden Maßnahmen aus dem Aktionsplan weiter unterstützen.

Am Ende kann diese gewaltige Aufgabe nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen gelingen. Wir alle wissen nicht, wie lange der Angriffskrieg Russlands noch andauern wird und wie viele



» Solidarität mit der Ukraine bedeutet zu handeln. So tun wir alles in unserer Macht Stehende, um den Kriegsflüchtlingen die bestmögliche humanitäre Unterstützung zu bieten. «

Flüchtlinge noch zu uns kommen werden. Auch deshalb muss die Bundesregierung ihr finanzielles Engagement erhöhen und muss vor allem Bundeskanzler Scholz endlich Führung zeigen.

Hier finden Sie den Aktionsplan.



# SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE.



## ► Vor Ort in Bad Salzschlirf und Eichenzell zum Inklusionstag

Am 7. Mai 2022 durfte ich auf gleich zwei Veranstaltungen in Bad Salzschlirf und Eichenzell zum Thema Inklusion zu Gast sein. In meinem Grußwort an die Gäste habe ich über die Belange und Herausforderungen für Menschen mit Beeinträchtigungen und vielfältige Barrieren gesprochen. Vielen ist es nicht bewusst, aber in Deutschland leben mehr als zehn Millionen Menschen mit Behinderung. Das sind etwa 13 % unserer Gesamtbevölkerung. Während einige Formen von Behinderung direkt gesehen werden können, gibt es auch seelische und geistige Behinderungen oder chronische Krankheiten, die den Betroffenen schwere Schicksalsschläge zufügen, aber für Unwissende völlig unsichtbar sind. Auch diese Behinderungen müssen wir wahrnehmen und beim Abbau von Barrieren berücksichtigen.

Beim Aktionstag in Bad Salzschlirf mit der neugegründeten Initiative „WIR FÜR BAD SALZSCHLIRF“ ging es darum, auf Barrieren im Alltag aufmerksam zu machen. Denn nur

wer Barrieren erkennt, sie wahrnimmt und versteht, kann diese dann auch beseitigen. Beim Praxistest im Rollstuhl auf abschüssigem Gehweg und durch den Kurpark konnte man am eigenen Leib so manch unüberwindbares Hindernis feststellen. Dieser Perspektivwechsel hat mich nachdrücklich bewegt und mich in meiner Meinung bestärkt, dass Inklusion eine große gesellschaftliche Herausforderung ist, die wir gemeinsam angehen müssen.

In der Gemeinde Eichenzell hat ein Bündnis aus Vereinen wie „Leben und Arbeiten in Eichenzell“, Handwerkerverein, AWO, antonius-Netzwerk Mensch und vor allem auch der „Motor“ Udo Bauch, als ehrenamtlicher Inklusionsbeauftragter der Gemeinde, eine Fest mit vielen Informationen und Gesprächspartnern unter dem Motto: „Tempo machen für Inklusion-barrierefrei zum Ziel“ veranstaltet. Rika Esser als Beauftragte der Hessischen

Landesregierung für Menschen mit Behinderungen war ebenfalls gekommen.

Ich bin überzeugt, dass wir die jahrelange Praxis des Mitleids und der Bevormundung behinderter Menschen Stück für Stück durch Teilhabe und Selbstbestimmung ersetzen können und müssen und dass wir alle einen Teil dazu beitragen können, unsere Gesellschaft inklusiver zu machen.



»Seit 2006 hat die CDU-geführte Landesregierung rund 218 Millionen Euro in die Ausstattung der Feuerwehr investiert. Damit wurde die Beschaffung von über 2.100 Fahrzeugen und der Aus- oder Neubau von fast 600 Feuerwehrhäusern ermöglicht.«

**Uwe Serke**, Sprecher im Unterausschuss Justizvollzug

### IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

☎ 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552

✉ [cdu-fraktion@ltg.hessen.de](mailto:cdu-fraktion@ltg.hessen.de)

🐦 [cdu\\_hessen](https://twitter.com/cdu_hessen)

📘 [cduhessen](https://www.facebook.com/cduhessen)

📷 [cdufraktion](https://www.instagram.com/cdufraktion)